

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibenspitzereien und Glasereien, für Gipser, Puzer, Stuckateure, Asphaltateure, Isolierer, Fliesenleger, Ofenleger, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags	Herausgegeben vom Deutschen Bauwerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzeigen die zehnjahrgestellte Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschüssen Rabatt, aber nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die zehnjahrgestellte Zeile 3 M. Anzeigen der Bauwerksbünde Zeile 50 M.
---	--	---

Aus der Denkschrift der industriellen Scharfmacher.

Im vorigen „Grundstein“ kündigten wir an, uns mit der Unternehmerdenkschrift vom 12. Mai an die deutsche Reichsregierung noch besonders befassen zu wollen. Wir halten uns vor allem dazu für verpflichtet, weil in dieser Denkschrift auch ganz besondere Gehässigkeiten gegen die Bauarbeiterorganisationen ausgeschwätzt sind. Wir lesen da folgendes:

„Die Forderung nach Festpreisabschlüssen müssen wir besonders für das Baugewerbe erheben. Die Industrie als Produzent für die Bauwirtschaft wie als Bauauftraggeber und als Kaufvertragskontrahent für ihre eigenen Lohnsätze steht in den festen Bauabschlüssen einen Anknüpfungspunkt für die Durchführung der zur Gesinnung führenden Preis- und Lohnpolitik. Sie steht hier Schulter an Schulter mit dem Baugewerbe. Bekanntlich, das Baugewerbe seinen Kaufstoff nicht zu Festpreisen und sieht es sich selbst, wie die Industrie, stets neuen Lohnsteigerungen während der Bauausführung gegenüber, so kann ihm eine Durchführung der Festpreispolitik nicht zugemutet werden. Der Mangel an Facharbeitern treibt gerade im Baugewerbe das Lohnniveau nach oben. Die Möglichkeit, namentlich bei Bauaufträgen aus der öffentlichen Hand, weitere Lohnsteigerungen im Baugewerbe mittels der Lohnkaufel im Bauvertrag auf den Baupreis abzuwälzen, bringt einen Anreiz zu Lohnforderungen der Gewerkschaften und lähmt der Widerstand der Bauunternehmer. Die geringe Spanne zwischen Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhnen im Baugewerbe begünstigt das Ueberpringen von Lohnsteigerungen im Baugewerbe auf die Industrie. So sind die Bauarbeiter vielfach die Sturmtruppe der Gewerkschaften. Industrie und Baugewerbe, die gemeinsam gegen eine weitere Verteuerung der Bauwirtschaft arbeiten müssen, fordern deshalb gemeinsam die Erfüllung der für schnellste Mäße für festen Bauverträgen im Lohnsatz gegebenen Bedingungen.“

Nach diesen Grundrissen sollte vor allem auch die öffentliche Hand als Auftraggeber namentlich in der Bauwirtschaft heranzutreten. Die Möglichkeit, ein Wohnungsbauprogramm durchzuführen, wird in demselben Maße verringert, wo ausgerechnet von Lohnsteigerungen das Bauen verteuert wird. Der Verschwendung öffentlicher Mittel durch Unterfütterung der Gestehpreise infolge Steigens der Löhne sollte die Reichsregierung sowohl im öffentlichen Interesse wie im Interesse der an ausgeübten Aufträgen und Bauprogrammen aus der öffentlichen Hand lebhaft interessierten Privatwirtschaft mit allem Nachdruck entgegenzutreten.“

In diesen Ausführungen kommt die ganze fürchterliche Borniertheit des deutschen Unternehmertums zum Ausdruck, die sich schon des öfters gerichtet hat gegen die Arbeiter des Baugewerbes und deren Gewerkschaften. Was hat man nicht schon in der Unternehmerpresse geschwafelt über die „hohen Löhne“ der baugewerblichen Arbeiter! Erst kürzlich brachte der Berliner Arbeiterbund für das Baugewerbe eine irreführende Darstellung über die Löhne im Baugewerbe. Unter einer den Spiegel hangemachten Ueberschrift, „Ueberschreitung des Reallohnes im Baugewerbe“, bringt die „Bauwelt“ eine Lohnübersicht von 44 Orten. Das Blatt schreibt von einer „starken Ueberschreitung des Reallohnes“, muß aber in demselben Satz zugeben, daß diese Kunststrednung nur möglich sei, wenn die Vorkriegslohne mit den gegenwärtigen nach Stunden gemessen werden, denn „wegen der von 9 bis 10 Stunden auf 8 herabgesetzten Arbeitszeit ist der Tagesverdienst nicht in gleichem Maße gestiegen“. Berücksichtigt man die veraltete Arbeitszeit, dann haben von den 44 Städten nicht 42, sondern 13 den Reallohn schon in bar überschritten. Wir sagen deshalb scheinbar, weil der Lebenshaltungszindex für das Reich mit seinen rund 10% über den Satz von 1914 nicht die wirkliche Zenerung nachweist. Es ist nicht nötig, immer wieder auf die Mängel der Indexberechnung hinzuweisen, es genügt, auf die wirkliche Zenerung, gemessen an der geringen Kaufkraft des Geldes und an den Indexziffern der Lebenshaltungskosten in den Ländern mit festgeblicherer Währung aufmerksam zu machen. Nehmen wir die Vereinigten

Staaten von Amerika, England, Schweden, Holland und die Schweiz zum Vergleich, so kommen wir (vor dem Kriege die Zahl 100 gesetzt) auf eine Wertenerung bis 170. Auf die Berücksichtigung dieser Zenerung haben auch die Arbeiter Anspruch, nicht nur die besitzenden Kreise. Wir erinnern daran, daß erst am 18. Juni im Reichsrat bei der Beratung der Zollvorlage der preussische Bevollmächtigte im Reichsrat, Ministerialrat Dr. Sommer, als Berichterstatter erklärte, „Der Dr. Sommer, als Berichterstatter, erklärte, „der in der die Goldwertung mit zum Ausdruck komme, die im Inland und teilweise auch im Ausland gesunkene Kaufkraft.“ Soll das nicht auch für die Arbeiter gelten? In diesem Zusammenhang ist es auch nötig, immer wieder an die Wucherpreise auf dem

Wir haben der Schlußfolgerung nicht entgehen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuerystem nicht in angemessener Weise erfaßt sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre.
(Aus dem Dawegedachten.)

Baufstoffmarkt zu erinnern. Nach der „Deutschen Bauwerkszeitung“ vom 7. Juni betrug Ende Mai die Zeitzahl einer bestimmten Menge Baustoffe einschließlich Löhne 1,83. Die Löhne haben dabei den geringsten Anteil, sie bleiben im Durchschnitt um etwa 50 darunter. Daß durch taufkräftiges Arbeiten unseres Bauwerksbundes die Löhne unserer Kollegen sich erhöht haben, ist richtig, aber den Löhnen weit voraus sind die durch nichts gerechtfertigten Wuchererinnere der Unternehmer im Baustoff- und Baugewerbe! Den besten Einblick gewährt jederzeit ein Vergleich von Submissionsergebnissen. In der gleichen Nummer der „Bauwelt“, in der über den „Reallohn“ der Bauarbeiter gewettert wird, ist das Ergebnis einer Ausschreibung der Erd-, Beton- und Eisenarbeiten für die Zentralfüranlage auf dem Nieselfeld der Stadt Berlin abgedruckt. Unter den Submittenten finden wir die bekanntesten Beton- und Tiefbaufirmen. Die Offerten schwanken von 235 843 bis 864 820 M! Wie gut die Großen unter den Baugewaltigen rechnen können, zeigen folgende Zahlen: Die Aktiengesellschaft für Tiefbau 335 304 M gegen Siemens-Baunium mit 739 622 M, die Industriebau-M.G. mit 455 099 M, W. Ziegler M.G. 462 897 M gegen Dyckerhoff & Widmann mit 708 373 M und Geld & Franke M.G. mit 605 056 M. Firmen wie Wegj & Freytag M.G. und Rosnau & Knauer M.G. bewegen sich mit über 500 000 M in der Mitte der Angebote. Solche Zahlenbeispiele bedeu mehr als alle Worte das heilmeyernde Getue der Bauunternehmer auf. Die „Bauwelt“ mag sogar zu schreiben, die Handlung der Industriellen in Rheinland-Westfalen, wo Bauauftraggeber gegen die Steigerung der Löhne vorgehen, sei ein „ungewöhnlicher Fall“. Als ob die Unternehmer nicht schon immer zusammengestanden und besonders die Industriellen gegen die „hohen“ aufreißenden Löhne der Bauarbeiter angekämpft hätten! Unzählige Rundschreiben und das ständige Führen schwarzer Listen sind dafür klarer Beweis.

So viel zu den „hohen Löhnen“ der Bauarbeiter. Im nächsten „Grundstein“ werden wir, falls dies unsere Raumverhältnisse gestatten, noch ausführlicher darüber

berichten. Gehen wir jetzt über zu dem Geschwafel in der Unternehmerpresse, wiedergelaut in der Denkschrift der industriellen Scharfmacher an die Reichsregierung, über das Streben der Bauarbeiter, das Angebot von Baufacharbeitern so knapp wie irgendmöglich zu gestalten, um dadurch die Löhne der Bauarbeiter maßlos in die Höhe zu treiben. Wir weisen im „Grundstein“ Woche für Woche nach, daß nicht nur Bauhilfsarbeiter, sondern auch Baufacharbeiter in starker Anzahl arbeitslos sind! Sogar in den jetzigen Sommerwochen, in denen eigentlich im Baugewerbe Hochkonjunktur sein sollte, hat noch nie einer unserer Bezirke berichtet können, alle Maurer zum Beispiel seien in Arbeit. In dem verflochtenen milden Winter waren allein 30 000 Maurer monatelang arbeitslos. Und die Lehrlingszuchterei ist im Baugewerbe bereits wieder demaken ins Kraut geschossen, daß nach Handwerkerstammerberichten in manchen Bezirken über 100% mehr Lehrlinge im Baugewerbe beschäftigt werden als vor dem Kriege. Das alles steht fest aus unsern statistischen Untersuchungen. Trotzdem läßt die Unternehmerdenkschrift, der Mangel an Baufacharbeitern treibe im Baugewerbe die Löhne nach oben...

Auf Grund all solcher Unwahrheiten, die über das Baugewerbe geflissentlich verbreitet sind, verlangt nun das Schwerunternehmertum Festpreisabschlüsse im Baugewerbe. Es siehe dabei, Schulter an Schulter mit dem Baugewerbe! Unter „Baugewerbe“ versteht man in diesem Falle nur das Bauunternehmertum, nicht etwa die Hunderttausende Bauarbeiter. Die sind Nullen. Was aus diesen Nullen wirtschaftlich wird, ist gleichgültig. Die Unternehmerparole heißt eben, die Arbeiter zu stärken“, worunter diese Herren nur sich, aber nicht die Arbeiter verstehen, ohne die die Wirtschaft unbenutzbar ist. Daß die Bauunternehmer mit der Schwerindustrie, Schulter an Schulter stehen“, das halten wir für selbstverständlich, sie alle sind ja vom gleichen Profitstreben und von dem gleichen Ziele der wirtschaftlichen Unterdrückung der Arbeiter erfüllt. Jawohl, feste Preisabschlüsse im Bauen, das ist der Anknüpfungspunkt größtmöglicher Unternehmerprofite. Deshalb her damit! Denn die Möglichkeit, weitere Lohnsteigerungen im Baugewerbe mittels der Lohnkaufel auf den Bauvertrag abzuwälzen, stärkt ja die Begehrlichkeit der Arbeiter...

In anderer Stelle heißt es in der Unternehmerdenkschrift:

Bei Notstandsarbeiten der Provinzen und Kommunen wurden und werden öffentliche Mittel geradezu verschwendet durch Gewährung von Arbeitslöhnen, die über die Löhne gelehrter und unglehrter Arbeiter hinausgehen.

So ähnlich haben wir es schon in der „Bergwerkszeitung“ gelesen. Nur zielt man dabei direkt auf das Baugewerbe. Man macht damit Kommunen und andern öffentlichen Behörden den schweren Vorwurf, gewissenlos aus dem Vollen zu wirtschaften. Und diese ganze Liebesmüh geschieht nur zu dem Zwecke, die „hohen Löhne“ der Bauarbeiter in Miskredit zu bringen, um unter allen Umständen zu verhindern, daß die Hungerlöhne der übrigen Industriearbeiter denen der Bauarbeiter angegähert werden. Nur aus diesem Grunde die Unternehmeranstrengungen, die Bauarbeiter und deren Gewerkschaften zu verunglimpfen. Dreißt und fed behauptet diese famose Unternehmereingabe an anderer Stelle, man habe sich bisher vergeblich bemüht, an die Einsicht der Arbeiterklasse und deren Führer zu appellieren. Die Arbeiterfrage behandle nach wie vor die Lohn- und Arbeitszeitfrage dogmatisch und mache sie zum Objekt der Parteipolitik. Jawohl, gut gebrüllt, Ihr Herren Industriepatiane! Nicht die wirtschaftliche Not und die Zenerung zwingen die Arbeiter

zu Lohnforderungen, nicht die Menschenver-nunft fordert den Achtstundentag, sondern nur ein starres Dogma und Parteipolitik. Ein solches Geseisre mag vielleicht mandem deutschnationalen Minister als der Weisheit höchster Ausfluß imponieren, nicht aber ersten Volkswirtschaftlern und der um ihr Dasein ringenden Arbeiterschaft.

Eins dürfen wir uns angesichts dieser Stellungnahme der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände nicht verhehlen: die Herren sind auf dem Wege, durch brutale Gewaltakte die Arbeiter und deren Organisationen aufs Knie zu zwingen. Sie wollen Hungerlöse diktieren und die tägliche Arbeitszeit ins Maßlose ausdehnen, zur Stärkung „ihrer“ Wirtschaft aus der Arbeiterschaft herauszupressen, was nur irgend möglich ist. Daß dieser Weg falsch ist und schließlich der Wirtschaft den Lebensodem nimmt, haben wir wiederholt nachgewiesen. Auch möchte man durch solches Geschrei die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ablenken von dem beabsichtigten Raubzug auf die deutsche Bevölkerung durch Wucherzölle und Steuerunrecht. Deshalb gibt es für uns nur eins: dem Machtwillen und der Profitgier der Unternehmer stellen wir unsern Lebenswillen entgegen. Dies tun wir, indem wir unsere Gewerkschaft kräftigen, sie sich und hiebfeist machen, um dem Ansturm des Unternehmertums begegnen zu können. Stärkt Euren Bau-gewerksbund! Diese Mahnung ergeht an alle Kollegen. Der Kampf der Gewerkschaften gilt nicht einem Dogma, nicht irgendeiner Parteipolitik, er gilt dem Streben der Arbeiterklasse nach einem erträglichen Dasein, er gilt dem Kulturstreben der Arbeiterschaft! Dafür setzen wir alle unsere Kräfte ein. Stärken wir deshalb unsere Organisation. Dann wird es der deutschen Arbeiterschaft gelingen, auch mit diesem engstirnigen, brutalen und profitorientierten Unternehmertum Deutschlands fertig zu werden!

Arbeitsminister und Industriekapital.

Die ungeheurer scharfe Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit findet naturgemäß ihren Niederschlag auch in der Presse. Da ist eine Polemik interessant, die zwischen dem Reichsarbeitsminister Brauns und dem Vorstehenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände von Borstig geführt wurde. Diese Polemik beweist vor allem, daß die Unternehmervereine nicht nur mit der ganzen Schwere ihrer ansehnlichen Argumentationen gegen die Gewerkschaften anzukämpfen versuchen, sondern auch gegen diejenigen Personen die deren Stellung im Wirtschaftsleben zu klären suchen.

In einem Artikel „Frauen der Lohngestaltung“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hauchte sich der Reichsarbeitsminister mit dem Lohnproblem auseinander. Herr Dr. Brauns verlorde dort, zwischen Forderungen der Unternehmer und der Arbeiter die mittlere Linie zu finden. Bezüglich der sozialpolitischen Seite des Lohnproblems äußert sich Dr. Brauns u. a. folgendermaßen: „Innerhalb der für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeit ungleich großen Spannen des wirtschaftlich Möglichen muß man allerdings dem Arbeitnehmer bei der Lohngestaltung soweit wie irgend möglich entgegenkommen. Zu keiner Zeit und nirgends sind Armut und Elend geeignete Voraussetzungen für die Steigerung der Kultur, für die Lösung der menschlichen Werte. Der Krieg und die Folgejahre haben ein Ziel Gewandtheit und Arbeitskraft wie auch die beiden anderen wirtschaftlichen Rücklagen der Arbeitnehmer ausgezehrt. Um so mehr kommt es darauf an, hier den Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Arbeitnehmer müssen inländisch gefestigt sein, sich und ihren Familien wieder eine hinreichend fröhliche Nahrung zu sichern, ihre Weiterbildung und Wohnung berechtigten Wünschen wieder anzupassen, ihre Arbeitskraft wieder herzustellen und zu sichern, auch seelisch wieder vom schlimmsten Duld frei zu werden.“

Dr. Brauns erinnert weiter an die Maßnahmen, die Kaufkraft zu heben, die Preise auf ein angemessenes Maß zu senken. Dabei geht er der Ueberpannung des Konsums nach und stellt fest, daß von einer fühlbaren Preis-senkung keine Rede sein könne. In solchen Situationen ergibt sich die Erhaltung des Reallohnens durch Steigerung des Nominallohnens von selbst. Nachdem Dr. Brauns auf die Notwendigkeit der Erziehbildung der Wirtschaft durch Qualitätsarbeit hingewiesen, daß diese nur von einer der schimmlichen Sorgen entlasteten Arbeiterschaft geleistet werden könne, verweist er auf die Wirkung hoher Arbeitslöhne bei der Stärkung der inneren Kaufkraft, die der Wirtschaft doch wieder zupute komme. Zum Schluß verteidigt der Reichsarbeitsminister die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen, die bekanntlich den Unternehmern besonders ein Dorn im Auge sind.

So selbstverständlich eigentlich solche Aeußerungen sind, so bezeugen sie doch bei den Unternehmern den stärksten Widerspruch. Und so fühlt sich der Vorstehende der Unternehmervereine, Herr von Borstig, in höchst eigener Person verpflichtet, auf den Artikel des Herrn Dr. Brauns zu antworten. Was Herr von Borstig in seinem Artikel („Der Arbeitgeber“, vom 1. Juni) an Argumenten gegen Brauns vorbringt, hat er wirklich nicht den Mitz der Reueheit. Eigen-artig, in einer Antwort ist nur der Ton, den er gegenüber dem Reichsarbeitsminister anquillt, lagen beliebt. Die Ver-hauptung des Herrn von Borstig, die deutschen Löhne seien gegenüber dem Preisniveau um 150% gestiegen, wurde bereits in einer scharfen Entschiedenheit der letzten Rundschauentscheidung des Reichsarbeitsministeriums zurückgewiesen. Bezügl-ich ist an dieser Behauptung des Vorstehenden der Arbeitgebervereine nichts, wenn er diese Forderungswillkür unmittelbar auf wissenschaftliche Maßstäbe in der Politik des Reichsarbeitsministeriums zurückführt. Die Lösung der Inland-Kaufkraft durch Steigerung der Löhne nennt

Herr von Borstig ein gefährliches Schlagwort. Dagegen ver-rückt er die Felle, daß „nicht durch Steigerung der Nominal-löhne, sondern durch die Bildung von neuem Kapital, d. h. also in erster Linie von der Produktionsseite und nicht von der Konsumtionsseite aus, die Kaufkraft gesteigert“ werden könne. Dann fährt Herr von Borstig fort: „Wir sind durch die Ausblutung des deutschen Wirtschaftskörpers nur einmal in die unendlich schwierige Lage gekommen, daß wir, selbst mit Verzicht auf gewisse Lebenshaltungsbedürfnisse und Kultur-entwicklungen, (1) gänzlich einmal die Quelle, von der das deutsche Volk sein Einkommen schöpft, neu speisen müssen, d. h. das Kapital neu bilden und vermehren müssen. Daß man die Bildung von neuem Kapital endlich als die aller-erste Pflicht der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik anerkennt hat, ist ein gewaltiger Fortschritt, den das gesamte Volk der derzeitigen Regierung zu danken hat.“

Mit dem letzten Satz wird nicht ungeschickt versucht, einen Gegensatz zwischen Brauns und seinen deutschnationalen Regierungskollegen zu konstruieren. Auch diese seien bei jeder passenden Gelegenheit die Phrase herunter, die Kapitalbildung müsse über den Weg der Unternehmerrückgewinnung neu vor-genommen werden. Demgegenüber gilt es doch, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Kapitalquellen der Wirtschaftsgüter vor allem in der Sparkraft der breiten Masse der deutschen Bevölkerung liegen. Die 20 Milliarden be-tragenden Bestände der deutschen Sparkassen und die 6,5 Milli-arden Bestände der deutschen Versicherungsgesellschaften in der Vorkriegszeit waren die Sammelbecken, von wo aus die Wirtschaft mit Betriebskapital gespeist wurde. Auch von den 10 Milliarden, die die Banken als Depositen ver-walteten, entflamten große Teile der Sparkraft der breiten Masse. Wenn man also so viel von der Bildung von Neu-kapital faselt, dann sollte man erkennen, daß hier der Hebel anzusetzen ist und die breiten Schichten der Arbeiter, An-gestellten und Beamten wieder inländisch gesetzt werden, Spar-gelder anzuhäufeln. Der Grund zur Kapitalnot liegt nun einmal zum großen Teil daran, daß die deutschen Sparkassen heute nur erst den sechsten Teil ihrer ehemaligen Bestände zur Verfügung haben. Entweder man kennt diese Dinge nicht, oder man behauptet etwas wider besseres Wissen.

Zum Schluß nennt Herr von Borstig gegen die Schlichtungsinstanzen an. Dem Wirtschaftsgesetz, das mit Zunahme der Intervallrime der Arbeitslosen die natürliche Korrektur zu hoher Löhne eintritt, setzt sich die amtliche Lohn- und Schlichtungspolitik mit Nachdruck entgegen. Lohnüber-setzungen, sobald irgendwo die Verschärfnisse gegeben sind, daß ist es, was die Herren wünschen. Deshalb fort mit dem Schlichtungswesen, wo den Unternehmern immer noch ein kleiner Widerstand entgegengesetzt werden kann. Es klingt dann wie eine Phrase, wenn Herr von Borstig schreibt: „Wir bekämpfen es weder den Tarifvertrag noch den Schlichtungs-gedanken, das ist tausendmal ausgesprochen worden. Wir lehnen aber nachdrücklich ab, daß der Tarifvertrag zum Schematismus, daß der Einigungsgebände zum Schlichtungs-schwanz führt.“ Mit dem Schlichtungswesen meinen die Herren die Schlichtungsausschüsse und die Verbindlichkeits-erklärungen des Reichsarbeitsministeriums.

Es ist außerordentlich erhellend, daß der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer scharfen aber desto klareren Entschiedenheit die Meinung der breiten Masse zu diesen Dingen zum Ausdruck brachte. In den Mitgliedern der Gewerkschaften liegt es, den Mahnungen des ADGB durch Stärkung ihrer Organisation nachzukommen.

Der Höhe Kapitalbildung.

Wenn der indische Götzenbock vorbeifährt, werfen sich ihm die verzickten Gläubigen vor die Füße, damit sie durch solchen Tod sofort ins Paradies kommen! Man wird an diesen alles normalenden Götzenwagen erinnert beim Anblick des neuen Göhen, dem das Volk Opfer darbringen soll, und der „Kapitalbildung“ heißt. Wenn die Zeitgenossen keine Steuer gäßen, so geschieht es deshalb, damit sie mehr erparzen und neue Kapitalien bilden können. Sind die Kreditzinsen zu hoch, so können die Banken eben mehr verdienen und fördern die Kapitalneubildung. Im Namen der Kapitalneubildung kann man auch gut für die Schutz-zölle eintreten. Evident doch die Schutzölle des Inter-nationals und Landwirten Uebergewinne, die ebenfalls zur Kapitalbildung beitragen. Man hat schon — dies sei als Kuriosum erwähnt — die Erhöhung der Mieten mit der Ver-gewaltigung verbunden, daß die Hausbesitzer dank der erhöhten Mieten zu Trägern der Kapitalbildung gemacht werden sollen. Freilich werden auch andere vernünftige Vorschläge zur Kapitalbildung gemacht, worüber noch zu sprechen sein wird. Vor allem soll aber der Zweck der Kapitalbildung fest-gestellt werden. Dem es besteht kein Zweifel, daß die Sta-pitalbildung nicht Selbstzweck ist, was die Leute, die um den neuen Göhen tanzen, mit oder ohne Absicht, oft zu vergessen scheinen.

Kapital wird gebildet, wenn ein Teil der Produktion nicht verbraucht, sondern als Produktionsmittel verwendet, zur Weiterführung der Wirtschaft auf erhöhter Stufenleiter dient. In diesem Sinne ist die Kapitalbildung die unentbehrliche Bedingung der kapitalistischen Wirtschaft. Sie wäre aber selbst in der sozialistischen unentbehrlich. Auch in einer solchen muß angeeignet der Bevölkerung-vernichtung und zum Zweck der besseren Bedarfsbefriedigung ein Teil des Pro-duktionsertrages für die Vorbereitung und Erweiterung der künftigen Produktion verwendet werden. Die Kapitalbildung vollzieht sich nun entweder auf positive Weise, das heißt es wird mehr als früher erzeugt, und es kann deshalb ohne Ein-schränkung des bisherigen Verbrauchs ein Teil des Pro-duktionsertrages erparzt werden, oder aber auf negative Weise durch Einschränkung des Verbrauchs. Die Einschränkung des Verbrauchs kann verschiedentlich erzwungen werden: Es werden bei gleichbleibenden Einkommen die Warenpreise er-höhrt und dadurch wird der Verbrauch erzwungenermaßen eingeschränkt, oder aber der Staat nimmt einen großen Teil des sonst zum Verbrauch bestimmten Einkommens als Steuer in Anspruch. Preisverhöhen können wieder durch Zölle und Kartelle — die durch Organisation und Produktions-einschränkung den Wettbewerb ausschalten — durch Schutz-zölle, eventuell auch durch Einfuhrverbote, die nämlich den Verbrauch verkleinern, endlich durch hohe, die Waren be-zehrende Kreditzinsen am effektivsten bewerkstelligt werden.

Die Notwendigkeit der Kapitalneubildung also zugegeben, die in einem durch den Krieg verarmten Lande doppelt not-

wendig ist, muß man sich dennoch fragen, ob nicht die Besonderheiten der Wirtschaftslage der Kapitalbildung, was ihr Tempo und ihre Art anbelangt, die Wege vorschreiben, wo es nicht auf vernünftige Wege zur Kapitalbildung gibt als die gewalt-same Einschränkung des Massenverbrauchs. Und andererseits wie weit die sonst notwendige Verbilligung der Produktion zum Zwecke der Kapitalbildung — damit die Gewinne aus Massenerzeugnissen und nicht aus der Doppeltung des Verbrauchs abgeleitet werden sollen — in sozialen Gründen ihre Schran-ken hat.

Zunächst einmal möchten wir hervorheben, daß in der gegenwärtigen Lage für die Wirtschaft das neue Kapital in erster Linie als Betriebskapital, nicht aber als Anlage zur Substanzvermehrung notwendig ist. Neues Kapital muß da sein, damit Stoffe gekauft, Böden und Gebäude bebaut, nicht aber beschafft, damit die Unternehmungen er-weikert werden können. Während des Krieges und nachher während der Inflationszeit wurden ja die meisten Industrie-zweige übermäßig erweitert, sie sind hochgradig überkapi-talisiert, das heißt sie können ihre Leistungsfähigkeit bei weitem nicht ausnützen. Vor allem trifft diese Feststellung auf die Schwerindustrie zu. Freilich muß neues Kapital auch zur Modernisierung der Betriebe, zur Anschaffung neuer Ma-schinen da sein, damit die Produktion verbilligt, die Konsum-tionsfähigkeit gegenüber dem Ausland erhöht und neuer Kapital-bildung der Weg bereitet wird. Insofern gibt es keine Gar-antie dafür, daß die Gewinne der Landwirtschaft und der Industrie, die durch Schutzölle noch erhöht werden, zur Steigerung des Betriebskapitals, nicht aber durch zur Zeit unproduktive Anlagen zur Substanzvermehrung verwendet werden. In bezug auf die Landwirtschaft haben berufene Sachleute die Tatsache festgestellt, daß die Landwirte ihre Erträge aus der Landwirtschaft nicht als Be-triebskapital verwenden, noch in die Banken tran-ferieren und sie damit der Volkswirtschaft zur Verfügung stellen, sondern daß die überschüssigen Kapitalien durch unproduktive An-lagen in der Landwirtschaft festgelegt werden. Aber auch bei den Eisenbahnen besteht keine Gewähr dafür, daß sie die Uebergewinne nicht für zur Zeit überflüssige Betriebs-erweiterungen verwenden. Entgegen doch die auf die Kon-junktur folgenden Zeiten deshalb, weil die Unternehmer zur Zeit der Konjunktur und in der Hoffnung auf deren ständiges Steigen übermäßige Substanzvermehrungen vornehmen. Nehmen wir aber an, daß dies nicht der Fall sein würde, sondern daß die Industrie ihre Uebergewinne, die sie durch ihres Monopols und der Schutzölle hat, auf andere Weise verwertet, nämlich entweder für neue Maschinen anschafft oder aber die Gewinne in andere Produktionszweige über-leitet. Zum ersteren muß man bemerken, daß so notwendig auch die Modernisierung des Maschinenparks, insofern diese während der Inflationszeit verarmt wurde, auch sei, doch bei einem überschüssigen Tempo der Anschaffung von ar-beitssparenden Maschinen eine Steigerung der Arbeitslohn-gefahr, da die durch die Mechanisierung der Arbeit überflüssig gewordenen Arbeitskräfte vorerst in der Produktion nicht untergebracht werden können. Dadurch entsteht aber nicht nur eine soziale Gefahr, sondern auch eine wirtschaftliche, insofern diese Schichten als Verbraucher ausfallen und einer Massenproduktion auf beschämter Grundlage der Arbeit unter-geben wird. Darüber hinaus wird die Wirtschaft durch Arbeitslosenunterstützungen für diese Schichten belastet. Zum anderen: Wenn wir annehmen, daß die Unter-nnehmer die Gewinne nicht in ihrem eigenen, bereits überkapitalisierten Industriezweig anlegen und sie auch nicht nach dem Ausland tragen, so werden sie diese in Industriezweigen unterbringen, wo noch gute Absatz-möglichkeiten vorhanden sind. Unter der Herrschaft des Monopolkapitals dienen aber diese Produktionszweige vor allem dem Augustkonsum der Unternehmer und der Verbraucher. Aus der Drohselung der kleinen Einkommen auf der einen, der Erhöhung der Preise auf der anderen Seite entpringt nämlich eine Auswanderung der Massen. Die neuen Kapitalien können deshalb nur in Pro-duktionszweige gesteckt werden, die Waren für die Weltgen-der herstellen. Es ist sehr richtig, wenn gegen den über-mäßigen Zulaß und Absatzverbrauch der breiten Masse gesprochen wird. Der Augustverbrauch wird aber unter dem System der großkapitalistischen Kapitalbildung notwendigerweise nur steigen. Einfuhrverbote für Augustwaren können sich nur in Preis-erhöhungen für die im Inland hergestellten Waren aus-wirken, das Problem werden sie aber nicht lösen können.

Unter solchen Umständen müssen wir, sowohl was das Tempo wie die Methoden der Kapitalneubildung anbelangt, andere Wege einschlagen, als die von der Regierung und der Unternehmern geforderten. Erstens müßte man andere Schichten zum Träger der Kapitalbildung machen, vor allem die Arbeiter der kleineren und mittleren Einkommen, die, wie Professor Gierich in seinem lehrreichen Vortrag über das deutsche Kreditproblem hervorzuheben hat, in der Vor-kriegszeit mindestens zwei Drittel der Volkssparnisse ge-liefert haben. Dazu gehört aber eine andere Steuer- und Kreditpolitik. Der Umlauf der zu niedrigen Verzinsung der Spareinlagen durch die Banken, die doch von ihren Schul-dnern riesige Zinsen einstreifen, muß aufhören. Die For-derung von Professor Gierich, daß der Entziehung der kleinen Aktionäre durch die Aufsichtsräte beizugewandte Großaktionäre Einhalt geboten werden soll, trifft nicht nur deshalb zu, damit jene ihre Gelder wieder der Wirtschaft zuführen lassen, sondern auch deshalb, weil die Zentung dieser Spareinlagen in Betriebszweige, wo sie als Betriebs-kapital notwendig sind, eher möglich ist, als dies bei dem selbstherrlich vorgehenden Monopolkapital der Fall ist, das seine Kapitalien unter Ausnutzung der Banken verwalmt. Noch wichtiger aber zur Förderung der nötigen Kapital-bildung ist die Kreditpolitik, eine Politik weitgehender Kreditgewährung für Betriebskapital durch die Reichsbank, wodurch das zur Verteuerung der Waren führende Zinsen-monopol der Privatbanken gebrochen würde, vor allem aber die Mobilisierung des Kredits, die Wefelungung der Umlaufperiode des Kapitals. Kann man durch geeignete Produktions- und Kreditpolitik die zur Ver-fügung stehenden Geldmittel rascher als heute umsetz-en, so wäre die zur Zeit bringende Aufgabe der Wirtschaft von Betriebskapital zum guten Teil gelöst. Eine Kapital-neubildung, deren Tempo ein zu rasches ist und deshalb die oben geschilderten Gefahren der Massenverelendung und der Arbeitslosigkeit heraufbeschwört, durch gewalttätige Ein-

Erleichterung des Verbrauchs der Volksgesundheit untergraben und den Kreislauf der Produktion unterbrechen, müssen wir...

Aus dem preussischen Landtag.

Am 6. Juni wurde im Hauptausschuß des preussischen Landtages der Etat des Wohnungsministeriums beraten.

Der Landtag wollte beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtag recht bald einen Gesetzentwurf vorzulegen...

Mit der zunehmenden Vorkriegszeit ist in den letzten Jahren ein Steigen der Unfallziffer im Hoch- und Tiefbau zu verzeichnen.

Zur Förderung des Wohnungsbaues stellten die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Fraktion im Hauptausschuß eine Reihe von Anträgen...

1. Hauszinssteuerhypotheken dürfen nur für Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung gegeben werden.

2. Öffentlich anerkannte gemeinnützige Organisationen, die die Wohnungsfürsorge für minderbemittelte zum Zweck haben...

3. Die Höhe der Hauszinssteuerhypothek, bei Vorhandensein zusammen mit einer ersten Hypothek ist so zu bemessen, daß sie 90 v. H. der Gesamtwertung oder 100 vom 100 der reinen Baukosten beträgt.

4. Der Zinssatz der Hauszinssteuerhypothek beträgt allgemein 1%. Er ist so zu erhöhen, wenn die Mietsätze in diesen Wohnungen unter die allgemeine übliche Höhe herabfallen sollten.

5. Der Bezug einer Wohnung in Neubauten, die mit Hilfe der Hauszinssteuerhypothek erdichtet wurden, darf nicht von der Zahlung größerer Geldbeträge, ganz gleich in welcher Form, abhängig gemacht werden.

6. Für Hauszinssteuerneubauten ist mindestens auf die Dauer von 20 Jahren im Grundbuch eine Sicherung einzutragen, die jedwede Spekulative Verwertung unmöglich macht.

7. Durch geeignete Maßnahmen ist darauf hinzuwirken, daß für den Wohnungsbau geeignetes Bauland zu günstigen Bedingungen bereitgestellt wird.

8. In Verbindung mit der Reichsregierung ist eingehend zu prüfen, wie durch geeignete Maßnahmen bessere Verhältnisse im Mietrecht zu erreichen sind.

9. Der Landtag wollte beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß jede Verschlechterung der Mietsatzbestimmungen unterbleibe.

10. Das Staatsministerium ist zu ersuchen, die Gemeinden und Kreise des besetzten Gebietes, die infolge der Verletzung unter der Wohnungsnot leiden...

11. Zum Zwecke der Beschaffung deutscher Landarbeiter ist bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß vor allen Dingen solche Landarbeiterwohnungen der Mietschutzgesetzgebung unterstellt werden...

Zum Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, bei dem das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, die Mietschutzbestimmungen in der Weise zu ergänzen...

Die Unternehmer rufen zu größeren Kampfmaßnahmen.

Die großen Unternehmer im ganzen Reich, die Verweigerung jeden Entgegenkommens bei Lohnforderungen, die große Geschäftigkeit an allen Ecken und Enden der Regierungstellen...

Allgemeiner Industrieverband, Sitz Hamburg. Abt. Nr. 7/1925 Hamburg 3, am 5. Juni 1925. Ref. Sch. A-A 14 Poststempel 12.

Wir überreichen in der Anlage einen dringenden Aufruf der Vereinigung der Deutschen Arbeitgebervereine...

Wir dürfen die Erwartung aussprechen, daß diese Anforderungen erfüllt werden und zwar unter Anzeiger per Postkarte an unsere hiesige Geschäftsstelle.

Der Kampf gilt als der Arbeitseinstellung. Wie sonderbar, die deutschen Arbeiter arbeiten länger als in den meisten Kulturstaaten...

Die Unternehmer rufen hier zu größeren Kampfmaßnahmen auf. Die bevorstehenden Kämpfe können um so besser überstanden werden...

Ein Skandal im Baugewerbe zu Frankfurt a. d. O. Mancher Kollege der Baugewerkschaft zu Frankfurt a. d. O. stand in den letzten Jahren vor einem schwer lösbaren Rätsel.

Während der Zeit der Baugewerkschaft zu Frankfurt a. d. O. stand in den letzten Jahren vor einem schwer lösbaren Rätsel. In den ersten Kriegsjahren machte sich hier ein Mauerergewerbe selbständig...

Während der Zeit der Baugewerkschaft zu Frankfurt a. d. O. stand in den letzten Jahren vor einem schwer lösbaren Rätsel. In den ersten Kriegsjahren machte sich hier ein Mauerergewerbe selbständig...

Während der Zeit der Baugewerkschaft zu Frankfurt a. d. O. stand in den letzten Jahren vor einem schwer lösbaren Rätsel. In den ersten Kriegsjahren machte sich hier ein Mauerergewerbe selbständig...

Eine weitere Pflicht aller Bauarbeiter muß sein, unsere Ziele zu fördern, die uns in den letzten Jahren recht oft vor Augen geführt wurden...

Ein besonderes Kapitel ist für uns auch der in dem Artikel des 'Berliner Tageblatts' erhobene Vorwurf der schlechten Bauausführung...

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 8. Juni 1925.

Table with columns: Bezirk, Bauarbeiter, Mauerer, Zimmerer, Tischler, Klempner, Glaser, Klempner, Steinmetzen, Erbauer, Ziegler. Rows list various districts like Regsb., Danzig, etc.

Von der Fällung wurden diesmal 673 Baugewerkschaften mit 346 372 Mitgliedern erfasst. Davon waren 11 110 oder 3,21 % arbeitslos.

Streiks und Lohnbewegungen.

Mauer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Im Streit über ausgeperrt sind die Kollegen in Ancken (die Arbeiter des Unternehmers Rudert aus Jülich in Mariendorf und Striefeld).

Glaser: Gestreikt wird in Pforzheim. Statutenreue: Gestreikt wird in Freiburg i. S., Heilbronn, Ravensburg, Reutlingen, Siegen und Egingen. Ziegler: Steingutziegler: Gestreikt wird in Stuttgart, Münsau, Strauchwitz und Weitenhausen.

Sonntag, 6. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Sonnenaufgang“, Seebad... Die Leitung der Fachgruppe erwar...

Leipzig. Nach einem ausführlichen Bericht des Kollegen Garcia über den Verlauf und die Beschäfte der Reichsförderung der Betongruppe... Die Zahl der Mitglieder betrug bei Gründung: 2 Poliere, 19 Facharbeiter...

Glasler.

Zur Lage der Glasler in Berlin. Im April 1924 war es nach Beendigung des Weltkrieges das erstmalig, daß die Zahl der arbeitslosen Glasler...

Jugendgruppe. Bezirksjugendtag für Ostpreußen. Am 20. und 21. Juni fand der seit langem vorbereitete Bezirksjugendtag für Ostpreußen in Birna statt... Am 20. und 21. Juni fand der seit langem vorbereitete Bezirksjugendtag für Ostpreußen in Birna statt...

Zur Lage der Arbeiterfänger. Die Festsprache hielt Bezirksleiter Kollege M. Richter, Dresden, der in kurzen, aber eindringlichen Worten...

Am nächsten Tage wurde früh um 7 Uhr angetreten, um rechtzeitig den Dampfser zu erreichen... Ein Dampfser brachte die Kollegen wieder zurück nach Birna...

Einige Worte. Am nächsten Tag wurde früh um 7 Uhr angetreten, um rechtzeitig den Dampfser zu erreichen... Ein Dampfser brachte die Kollegen wieder zurück nach Birna...

Stahlfabrikanten und Puffer.

Zur Lage. Der Deutsche Stahlfabrikantenverband, der bekanntlich vom 20. Juni an in München eine Tagung abgehalten hat... Der Deutsche Stahlfabrikantenverband, der bekanntlich vom 20. Juni an in München eine Tagung abgehalten hat...

Wir nehmen Bezug auf die vor einiger Zeit mit Ihnen in unserm Verbandsbureau gehabte Unterredung... Wir nehmen Bezug auf die vor einiger Zeit mit Ihnen in unserm Verbandsbureau gehabte Unterredung...

Am 20. und 21. Juni fand der seit langem vorbereitete Bezirksjugendtag für Ostpreußen in Birna statt... Am 20. und 21. Juni fand der seit langem vorbereitete Bezirksjugendtag für Ostpreußen in Birna statt...

man es uns bedenken, wenn wir uns gegen den Unternehmer erwehren? Den Schiedsspruch der Schlichtungskammer in Stuttgart vom 15. Juni haben die Gipsmeister abgelehnt... man es uns bedenken, wenn wir uns gegen den Unternehmer erwehren?

Bezirkskonferenz der Stahlfabrikanten im Bezirk Nordbayern. Am 14. Juni fand in Nürnberg unsere Bezirkskonferenz statt... Bezirkskonferenz der Stahlfabrikanten im Bezirk Nordbayern...

Groß-Überlingen. Die Tarifpraxen für das Stahlgewerbe Groß-Überlingen haben folgendes vereinbart... Groß-Überlingen. Die Tarifpraxen für das Stahlgewerbe...

1926 verlängert. Der Stundenlohn für Stoffkateure beträgt vom 12. Juni bis 29. Oktober 1925 1,35 M die Stunde, vom 30. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 1,40 M.

Seit 8 Wochen sitzen die Gipfelkollegen in Geißrohn, Neustadt und in Stuttgart im Streik. Dieser Streik ist nicht leichtfertig von der Arbeiterschaft inszeniert worden, die Probokateure sitzen auf der einen Seite.

Bei dem Streik haben sich einige Hauszeiger eingeschoben. Es sind dies Paul Diefenbeger, Kölling, und Schmidt in der Firma Group, Hermann Wang, Kölling, und Baumheister. Solange macht diese Leute auf ihr schändliches Verhalten aufmerksam, unser Kampf ist ihr Kampf!

Königsberg. Durch die ablehnende Haltung der Unternehmer des Städtewerkes kam es hier am 2. Mai zum Streik. Die Unternehmer wollten unsere Kollegen unbedingte auf die Seite zwingen.

Königsberg. Durch die ablehnende Haltung der Unternehmer des Städtewerkes kam es hier am 2. Mai zum Streik. Die Unternehmer wollten unsere Kollegen unbedingte auf die Seite zwingen.

Lörrach. Zwischen dem Gipfelmeisterverband für die Kreise Bruchsal-Waldsloh C. B. und der Baugewerkschaft Lörrach wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach vom 11. Juni an der Stundenlohn 1,37 M beträgt.

Offenburg. Hier kam es mit den Gipfelmeistern zu einer Vereinbarung, wonach der Stundenlohn für Gipfel vom 6. Juni an 1,30 M, vom 28. Juni an 1,37 M beträgt.

Rastatt. Hier haben die Kollegen nach einem wenige Stunden dauernden Streik ihre Forderungen durchgesetzt.

Tiefbauarbeiter. An die Tiefbauarbeiter Schießens! Leider ist bei Tiefbauarbeitern vielfach zu beobachten, daß dabei beschäftigte junge Leute unorganisiert sind.

gebenden Ringmauer zur Sicherheit mindestens 2 Meter stehen bleiben müssen, erhielt er für die siebenbleiende Mauer einen Betrag für das Kubikmeter von 2 M. Dieser Unternehmer, der gleichzeitig Eigentümer des fälschlichen Baumaterials ist, führt die Arbeiten selbst nicht aus, er vergibt das gesamte Ausschachten an die Firma Dreher für 250 M das Kubikmeter.

Für die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli ist der 27. Bundesbeitrag für 1925 zu zahlen.

als das Leben der beschäftigten Arbeiter und Familienbater; denn während der Frühjahrspause hätte plötzlich untergewaltigen Gesetze die 200 Meter lange Front im Juni Glück wurde niemand verleiht. - Wie verhält sich nun diese Arbeit zu dem erwähnten Lohnhau im Sinne des Spruches für das Tiefbaugewerbe in Breslau? Die Betriebe können sogar Lohnhöhungen betragen, man mag nur die Verdienstinquale in vernünftiger Weise vernachlässigen, und nicht, wie am vorhergehenden Beispiel gezeigt ist, daß der Unternehmer allein 60% an der Arbeit verdient, ohne einen Finger krumm zu machen.

Lehrer und deren Hilfsarbeiter.

Lehrerbewegung. In Kiel hat die Öffentlichtfirma Hirtle nach fünfjähriger Streik den Tarif in allen seinen Teilen anerkannt und sich verpflichtet, für den Verdienstausfall an jeden der Entlassenen eine Entschädigung von 20 M zu zahlen und sie wieder einzustellen.

Die Auswertung der Ofenerwerke beendete! Wegen der Streiks in Meisen und in Weitz ist es in Dresden endlich zu einer Einigung gekommen. Damit ist auch die Auswertung in Ofenerwerke beendete.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Erstausgabestellung. Es laufen immer noch Bestellungen auf Erstausgabestellen beim Bundesvorstand ein, obwohl im Werkblatt und im Grundstein wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß Erstausgaben für gestorbene oder berufene Mitgliedsbücher nur im Hauptbüro ausgestellt werden dürfen.

Vom Bau.

Dortmund. Die Baufirma W. A. Schöer führt in der Hohenburgstraße einen Neubau für die Probsteigerende aus. Der städtische Bauteilkontrollant hat die Baupläne des öfteren kontrolliert und die Firma jedesmal auf die mangelhafte Abdeckung aufmerksam gemacht.

Froburg. Hier führte kürzlich der Kollege Curt Dieke vom Gerüst und erlitt dabei einen Oberschenkelbruch. Wäre das Gerüst mit Schutzplanen versehen gewesen, so wäre das Unheil nicht geschehen.

Allgemeine Rundschau.

Die Dachdecker den Anschließ an den Baugewerksbund abgelehnt. Das Resultat der Kraftmähmung im Dachdeckerverband wegen dessen Anschlusses an den Baugewerksbund ist folgendes: Abgegebene Stimmen 4404, mit ja gestimmt 2545, mit nein 1847, unglücklich 18.

Deutsche Löhne und Auslandslohne. In einem außerordentlich interessanten und mit vielem statistischen Material versehenen Artikel untersucht Dr. Paul Fernberg in der Monatsheft des DGB: Die Arbeit, die Frage Weltmarkt und Lohn.

Welche Länder sind Deutschlands größte Ausnehmer und Lieferanten? Aus den kürzlich bekanntgegebenen amtlichen Zahlen ersieht man, daß im Jahre 1924 die Vereinigten Staaten von Amerika der größte Lieferant, während Holland der größte Warenabnehmer Deutschlands war.

Die Auswertung der Ofenerwerke beendete! Wegen der Streiks in Meisen und in Weitz ist es in Dresden endlich zu einer Einigung gekommen. Damit ist auch die Auswertung in Ofenerwerke beendete.

Die Auswertung der Ofenerwerke beendete! Wegen der Streiks in Meisen und in Weitz ist es in Dresden endlich zu einer Einigung gekommen. Damit ist auch die Auswertung in Ofenerwerke beendete.

Die Auswertung der Ofenerwerke beendete! Wegen der Streiks in Meisen und in Weitz ist es in Dresden endlich zu einer Einigung gekommen. Damit ist auch die Auswertung in Ofenerwerke beendete.

Die Auswertung der Ofenerwerke beendete! Wegen der Streiks in Meisen und in Weitz ist es in Dresden endlich zu einer Einigung gekommen. Damit ist auch die Auswertung in Ofenerwerke beendete.

Die Auswertung der Ofenerwerke beendete! Wegen der Streiks in Meisen und in Weitz ist es in Dresden endlich zu einer Einigung gekommen. Damit ist auch die Auswertung in Ofenerwerke beendete.

Die Auswertung der Ofenerwerke beendete! Wegen der Streiks in Meisen und in Weitz ist es in Dresden endlich zu einer Einigung gekommen. Damit ist auch die Auswertung in Ofenerwerke beendete.

geb. 11. 6. 91 zu Kislendorf (I. 78 644); von der Baugewerkschaft...

Angermünde 100, Aue 900, Augsburg 1500, Ahrensböck 300...

Sterbetafel. Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder: Altenstein (Sensburg), Karl Sareyka, Maurer, 41 J.

Gestorben durch Einbruch beim Rastieren in Wolfenbüttel sind die Mitglieder...

Von hiesiger Streifenunterstützung zurück: Warz a. d. Ober 44 M., Raabid 14,25, Kallies 14,75...

Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft, Seibitzhütte, r. G. m. b. H., Kaiserstrasse. Einleitung...

Gefunden sind in Altenburg die Invalidentarte, Steuerkarte und sonstige Papiere...

Wagen. Waldenburg i. Schl. In unserer Bau- und Holzindustrie...

Altenburg i. D. Alle hier zurechtenden Kollegen haben sich entschlossen...

Berandhaus Fritz Ulrich. Mechanische Werkstatt und Sportlicher Fabrik...

Ernst Heß, Nachf., gegr. 1872. Klingenthal S. N. NO 197...

Maurerhosen. Leder, schwer, 112 x 112, natwras leichters...

Billige böhm. Bettfedern. Ein Kilo: graue geschlossene...

Sommersprossen!! Ein einfaches wunderbares Mittel tolle gegen jedes...

Mutter sagt es ist gesund. Wasser, Milch, Honig, Zucker, Salz, Fett, Eiweiß...

M. Mosberg, Bielefeld. Arbeitgarderoben, Berufsbekleidung...

Gallensteine. Wird durch d. bekannten Gallensteine...

Die wasserdrichte Regenhaut. In der Westentasche. Fischhaut-Imitation...

Preis: 1. Preis: Arcona Räder. Hundert I., II. und III. Preise...

Blasen- u. Nierenleiden. Der verstopften Harnleiter...

Zum möglichen Heim. gehört das Instrument einer Wanduhr...

Ernst Machnow. BERLIN C 54. Weinmeisterstraße 14

Walter Ulke, Köln 54. Postfach 114

Adolf Grimm / Uhren. Um (Donau) 114.

